

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Februar 2015

Inhalt

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen	2
EU-Parlament diskutiert über grenzüberschreitende elterliche Kindesentführung.....	2
EU-Kommission will Abbau von Jugendarbeitslosigkeit beschleunigen.....	2
EU-Ratspräsidentschaft benennt Prioritäten der Jugendpolitik.....	2
Ausschuss der Regionen (AdR): Konferenz setzt Jugend auf die Agenda.....	3
Europäisches Jahr der Entwicklung gestartet: EU-Kommission will globale Armutsbekämpfung voranbringen.....	3
EU-Konferenz zur gesunden Lebensweise für Kinder und Jugendliche in der Schule.....	3
Nachrichten aus den Mitgliedstaaten	4
Großbritannien: Parlament macht Weg frei für Drei-Eltern-Babys.....	4
Irland: Weitgehende Änderungen des Familienrechts beschlossen.....	4
Slowakei: Referendum gegen Rechte Homosexueller gescheitert.....	4
Griechenland: Eingetragene Lebenspartnerschaft für Homosexuelle geplant.....	4
Weitere Nachrichten	5
AWO gründet Europäische Akademie für Pflege.....	5
Weltgesundheitsorganisation fordert Europa zur Impfung gegen Masern auf.....	5
Internationaler Tag gegen Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen.....	5
One Billion Rising: Kampagne für Ende der Gewalt gegen Frauen geht in die vierte Runde.....	6
FRA stellt Studie zu Gewalt gegen Frauen im Deutschen Bundestag vor.....	6
Transgender Europe: Rechtliche Anerkennung der Geschlechtsänderung reformieren.....	6
Aktionen zum Safer Internet Day.....	6
Berichte und Studien	7
Studie: Väter auf Abruf – Zur Aufteilung der Kinderbetreuung in Schweden.....	7
FRA-Report: Nationale Systeme zum Schutz von Kindern.....	7
Bericht: Wie wirken die EU-Mittel für Heimkinder?.....	7
„Lottery of Birth“ – Bericht zu Chancen von Kindern veröffentlicht.....	7
Caritas-Bericht: Armut und soziale Exklusion auf dem Vormarsch.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

EU-Parlament diskutiert über grenzüberschreitende elterliche Kindesentführung

Am 10. Februar 2015 haben die EU-Abgeordneten über den Beitritt acht weiterer Staaten zum Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung diskutiert und den Anträgen am 11. Februar 2015 zugestimmt. Antragsteller waren die Länder Gabun, Andorra, die Seychellen, Russland, Albanien, Singapur, Marokko und Armenien.

Bringt ein Elternteil ein Kind ohne das Einverständnis des anderen Elternteils in ein anderes Land und verletzt damit Sorge- und Umgangsrechte, liegt eine grenzüberschreitende elterliche Kindesentführung vor. Das multilaterale Haager Übereinkommen von 1980 regelt international das Vorgehen in diesen Fällen. Inzwischen haben 90 Länder das Abkommen unterzeichnet – darunter alle EU-Mitgliedstaaten. Seit 1987 beobachtet ein/e Mediator/in des Europäischen Parlaments die Entwicklungen zum Thema Kindesentführungen. Derzeit nimmt die irische EU-Abgeordnete Mairead McGuinness (EVP) diese Aufgabe wahr. Die EU-Mitgliedstaaten regeln Fragen des Sorge- und Umgangsrechts und Fälle von Kindesentführung innerhalb der EU-28 zudem über das Abkommen Brüssel II.

- [Liste der Vertragsstaaten des Haager Übereinkommens](#)
- [Volltext des Haager Übereinkommens](#)
- [Zusammenfassung der Inhalte des Abkommens Brüssel II](#)

EU-Kommission will Abbau von Jugendarbeitslosigkeit beschleunigen

Die Abgeordneten des EU-Parlaments haben am 10. Februar 2015 einen Vorschlag der EU-Kommission zur Beschäftigungsinitiative für junge Menschen (Jugendgarantie) diskutiert. Der Legislativvorschlag sieht vor, eine Milliarde Euro für die Jugendgarantie früher als geplant zur Verfügung zu stellen – noch 2015. Insgesamt sind sechs Milliarden bis 2020 vorgesehen. Die Kommission will mit diesem Vorschlag die Vorfinanzierung von Beschäftigungsmaßnahmen und damit ihre Umsetzung erhöhen. Sozialkommissarin Marianne Thyssen betonte, eine Vorfinanzierung sei notwendig, da die Beschäftigungsinitiative in den Mitgliedstaaten nur sehr zögerlich in Gang komme (siehe [Europa News September 2014](#)). EU-Parlament und Minister-Rat müssen zunächst über den Vorschlag abstimmen.

- [Legislativvorschlag zur Beschäftigungsinitiative für junge Menschen](#)  
- [Hintergrundinformationen zur Jugendgarantie](#)

EU-Ratspräsidentschaft benennt Prioritäten der Jugendpolitik

Die lettische EU-Ratspräsidentschaft will die politische Partizipation junger Menschen stärken und den Strukturierten Dialog zur Inklusion junger Menschen mit einer EU-Jugendkonferenz im März 2015 fortsetzen. Die Präsidentschaft will die Jugendpolitik querschnittorientiert entwickeln, um den sich überschneidenden Themen Bildung, Gesundheit und Beschäftigung gerecht zu werden. Ein weiteres Ziel ist zudem die Umsetzung jugendpolitischer Elemente der Wachstumsstrategie Europa 2020. In einer Ende Januar 2015 publizierten Evaluation der ersten Phase des Strukturierten Dialogs in Deutschland zogen die Autorinnen eine positive Bilanz für die Dialog-Wirkung.

- [Evaluierungsbericht: Resonanz und Wirkung des Strukturierten Dialogs in Deutschland](#) 

Ausschuss der Regionen (AdR): Konferenz setzt Jugend auf die Agenda

Mit einer Konferenz unter dem Titel „Yfactor – where is your future? Die Jugend auf die Tagesordnung der EU!“ haben Trainees des AdR am 5. Februar 2015 europäische Fragen aus Sicht junger EU-Bürger/innen erörtert. Im Fokus standen die Themen Jugendbeschäftigung, Europäische Bürgerschaft und nachhaltiges Wachstum. In Podiumsdiskussionen und in Kleingruppen diskutierten die jungen Beschäftigten mit Repräsentant/innen der EU-Institutionen, der Mitgliedstaaten sowie mit Expert/innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Europäisches Jahr der Entwicklung gestartet: EU-Kommission will globale Armutsbekämpfung voranbringen

Auf Vorschlag der Europäischen Kommission haben das EU-Parlament und der Minister-Rat das Jahr 2015 zum Europäischen Jahr für Entwicklung unter dem Motto „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“ erklärt. Das Jahr 2015 sei besonders geeignet, um intensiv und öffentlich über die europäische Entwicklungszusammenarbeit und die Rolle der EU und ihrer Mitgliedstaaten in der globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik zu diskutieren – so Kommissionpräsident Juncker. Hintergrund dieses Schwerpunktes ist die auslaufende Frist zur Umsetzung der UN-Millenniumentwicklungsziele (MDG) – noch in diesem Jahr müssen neue internationale Vereinbarungen getroffen werden. Zu den acht Milleniumszielen gehören neben der Armutsbekämpfung die Gleichstellung der Geschlechter, die Senkung der Kindersterblichkeit und die Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter. Die Vereinten Nationen hatten diese bis 2015 zu erreichenden Ziele im Jahr 2001 festgelegt.

Wie kann Armut beseitigt und eine nachhaltige Entwicklung weltweit gewährleistet werden? Vorschläge zur Lösung dieser Fragen hat die EU-Kommission am 5. Februar 2015 in ihrer Mitteilung „Eine globale Partnerschaft für Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung für die Zeit nach 2015“ vorgelegt. Die Mitteilung soll als Grundlage der EU-Standpunkte für die dritte Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung im Juli 2015 und für das UN-Gipfeltreffen über die Post-2015-Agenda im September 2015 dienen. Diese Agenda soll die grundsätzlichen Prioritäten und Strategien der internationalen Entwicklungspolitik für die Zeit nach 2015 festlegen.

- [Die UN-Millenniumsziele](#)
- [Website des Europäischen Jahrs für Entwicklung](#)

EU-Konferenz zur gesunden Lebensweise für Kinder und Jugendliche in der Schule

Unter der Schirmherrschaft der lettischen EU-Ratspräsidentschaft haben am 23. Februar 2014 Expert/innen sowie hochrangige Vertreter/innen der EU-Institutionen bei einer Konferenz in Riga über die gesunde Lebensweise von Kindern und Jugendlichen diskutiert. Ziel der Konferenz war es, sich über Herausforderungen und Erfolge der Strategien für Ernährung und Bewegung in den auszutauschen. Die EU-Mitgliedstaaten wollen im Austausch ihre Programme gegen für die Bekämpfung von Fettleibigkeit bei Kindern verbessern.

- [Informationen zu Konferenz „Gesunde Lebensweise: Ernährung und Bewegung für Kinder und Jugendliche in der Schule“](#) 

Nachrichten aus den Mitgliedstaaten

Großbritannien: Parlament macht Weg frei für Drei-Eltern-Babys

Großbritannien erlaubt ein Verfahren, das eine künstliche Befruchtung mit dem Erbgut dreier Personen ermöglicht – das so gezeugte Baby hat somit drei biologische Elternteile. Nachdem das Unterhaus Anfang Februar einem entsprechenden Gesetz zugestimmt hatte, gab das Oberhaus am 25. Februar 2015 den Weg für die „Drei-Eltern-Babys“ frei. Ist bei den Eizellen einer Frau mit Kinderwunsch das Erbgut in den Mitochondrien außerhalb des Kerns beschädigt, kann mit dem Verfahren der Kern entnommen und in die Eizelle einer Spenderin mit gesunden Mitochondrien eingesetzt werden. Dies soll schwere Erbkrankheiten verhindern.

Irland: Weitgehende Änderungen des Familienrechts beschlossen

Die irische Regierung hat am 17. Februar 2015 ein neues Gesetz zum Familienbeziehungs- und Kinderrecht angenommen (Children and Family Relations Bill). Das Gesetz umfasst weitreichende Änderungen der Familiengesetzgebung Irlands und soll mehr Rechtsklarheit bezüglich der Herkunft, der Vormundschaft und des Sorgerechts schaffen. Unter anderem schreibt das Gesetz im Falle von Samenspenden das Recht von Kindern auf Auskunft über ihren Spender-Vater fest. Eine anonyme Spenderschaft ist damit rechtlich ausgeschlossen. Zudem stärkt das Gesetz das Sorgerecht unverheirateter Väter und definiert ein Umgangsrecht der Großeltern.

Eine anonyme Spenderschaft soll laut Bundesgerichtshof (BGH) auch in Deutschland nicht mehr möglich sein. Der BGH hat in einem Grundsatzurteil vom 28. Januar 2015 die Rechte von Spenderkindern auf Information gestärkt. Die Auskunft über den biologischen Vater ist ein verfassungsrechtlich gesetztes Recht der Kinder – unabhängig von ihrem Alter, so der BGH.

Slowakei: Referendum gegen Rechte Homosexueller gescheitert

Ein Referendum der konservativen Initiative „Allianz für die Familie“ gegen die Verbesserung der Rechte von Homosexuellen in der Slowakei ist gescheitert. Ziel der Abstimmung war es, eine Ausweitung der derzeitigen Rechte Homosexueller langfristig zu unterbinden. Unter anderem sollte ein ausdrückliches Adoptionsverbot für Homosexuelle gesetzlich fixiert werden. Nur 21 Prozent der Wahlberechtigten in der Slowakei haben an der Abstimmung teilgenommen – für ein erfolgreiches Referendum hätten 50 Prozent der Wahlberechtigten abstimmen müssen. Allerdings befürworteten 90 Prozent der Teilnehmenden die Forderungen der Allianz. Bereits 2014 hatte das Parlament die Ehe als eine Verbindung ausschließlich zwischen Mann und Frau in der Verfassung definiert und damit eine Öffnung der Ehe für Homosexuelle grundsätzlich ausgeschlossen.

Griechenland: Eingetragene Lebenspartnerschaft für Homosexuelle geplant

Der neue griechische Justizminister Nikos Paraskevopoulos hat am 9. Februar 2015 angekündigt, dass die Regierung homosexuellen Paaren die Eintragung einer Lebenspartnerschaft ermöglichen will. Das Institut der eingetragenen Partnerschaft existiert in Griechenland bereits seit 2008 – jedoch nur für heterosexuelle Paare. Bereits 2013 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in einem Urteil festgestellt, dass der Ausschluss Homosexueller aus dieser Regelung eine diskriminierende Praxis darstellt, die geändert werden müsse.

Am 24. Februar 2014 veröffentlichte die Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarats einen Bericht, der die „alltägliche Diskriminierung“ von Homosexuellen und das „besorgniserregende Ausmaß“ der Gewalt gegen Einwander/innen in Griechenland scharf kritisiert und die Regierung anmahnt, zu handeln.

- [Bericht der Kommission des Europarats](#)  

Weitere Nachrichten

AWO gründet Europäische Akademie für Pflege

Die wachsende Zahl der Pflegebedürftigen stellt Politik und Gesellschaft in Europa vor große Herausforderungen. Um möglichst vielen Menschen ein lebenswertes Altern zu ermöglichen und dem Pflegnotstand vorzubeugen, hat die Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Bezirk Westliches Westfalen eine „Europäische Akademie für Pflege“ gegründet. Die Akademie verfolgt drei Ziele: den Erfahrungsaustausch der Fachkräfte, regelmäßige Fachtagungen und einen stärkeren Wissenstransfer innerhalb Europas. An der Akademie sind acht europäische Partner beteiligt.

- [Informationen zur Europäischen Akademie für Pflege](#)

Weltgesundheitsorganisation fordert Europa zur Impfung gegen Masern auf

Nicht nur in Deutschland steigt die Zahl der Masernerkrankungen – in einigen osteuropäischen Ländern sind die Zahlen teils noch höher. Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) Europa haben sieben europäische Länder seit 2014 insgesamt mehr als 22.000 Masern-Fälle gemeldet. Dies liegt laut WHO vor allem an Eltern, die die Impfung ihrer Kinder grundsätzlich ablehnen oder aber keinen Zugang zu medizinischer Vorsorge haben. Die Organisation fordert Europa eindringlich auf, die Schutzimpfung gegen Masern umfassend auszuweiten.

- [Pressemitteilung der WHO Europa](#) 

Internationaler Tag gegen Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen

Rund 140 Millionen Mädchen und Frauen sind von weiblicher Genitalverstümmelung betroffen – drei Millionen Mädchen werden jährlich verstümmelt. In Europa leiden 500.000 Frauen und Mädchen unter den physischen und psychischen Folgen. Angesichts der weltweit verbreiteten Verstümmelungspraxis haben die Vereinten Nationen 2001 den „Internationalen Tag der Null-Toleranz gegenüber der weiblichen Genitalverstümmelung“ für den 6. Februar ausgerufen. 2014 hatte das EU-Parlament eine Entschließung verabschiedet, die die Kommission und die Mitgliedstaaten zu mehr Einsatz gegen weibliche Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation – FGM) aufruft – am 6. Februar 2015 diskutierten die Abgeordneten über Maßnahmen, um die Mitgliedstaaten im Kampf gegen die FGM zu unterstützen. Europaweit fanden rund um den 6. Februar 2015 Veranstaltungen für politische und gesellschaftliche Strategien zur Überwindung der Genitalverstümmelung statt.

- [Informationen auf der Website der Vereinten Nationen](#) 
- [Pressemitteilung von Terre des Femmes](#)

One Billion Rising: Kampagne für Ende der Gewalt gegen Frauen geht in die vierte Runde

Weltweit haben sich am 14. Februar 2015 zahlreiche Initiativen, Organisationen und Prominente an den Aktionen der Kampagne „One Billion Rising“ beteiligt, um gegen Gewalt gegen Frauen zu protestieren und eine juristische Verfolgung der Täter zu fordern. 2012 ins Leben gerufen, weist die Kampagne mit ihrem Namen „One Billion“ auf die Milliarde Frauen hin, die laut Zahlen der Vereinten Nationen körperliche oder sexuelle Gewalt erleben mussten. Die Aktionen finden jährlich am Valentinstag statt.

- [Website der Kampagne „One Billion Rising“](#) 

FRA stellt Studie zu Gewalt gegen Frauen im Deutschen Bundestag vor

Die europäische Grundrechteagentur (FRA) hat dem Deutschen Bundestag am 4. Februar 2015 die Ergebnisse des FRA-Berichts zu geschlechterspezifischen Gewalt gegen Frauen vorgestellt. Laut Bericht sind Frauen in Deutschland nur unzureichend über Initiativen gegen Gewalt gegen Frauen informiert. Der Anteil der Frauen zwischen 15 und 74 Jahren in Deutschland, die physische oder sexuelle Gewalt erlebt haben, liegt laut der Studie mit 35 Prozent leicht über dem EU-Durchschnitt (33 Prozent). Auch bei Fällen sexueller Belästigungen liegt Deutschland mit 60 Prozent knapp über dem EU-Durchschnitt (55 Prozent). Die länderspezifischen Auswertungen der Studie werden in den kommenden Wochen veröffentlicht.

- [Die FRA-Studie im Überblick](#) 

Transgender Europe: Rechtliche Anerkennung der Geschlechtsänderung reformieren

Mit einem am 23. Februar 2015 veröffentlichten Videoclip fordert die Initiative „Transgender Europe – TGEU“ die europäischen Staaten dazu auf, die teils „demütigende Praxis“ der rechtlichen Anerkennung bei Änderung von Namen und Geschlecht zu beenden. In 34 europäischen Ländern ist eine rechtliche Anerkennung der Geschlechtsänderung für neue Personaldokumente mit Auflagen wie Scheidung, Sterilisation oder Diagnose einer psychischen Krankheit verbunden.

- [Video und Informationen auf der Website von TGEU](#) 

Aktionen zum Safer Internet Day

Anlässlich des „Safer Internet Days“ am 10. Februar 2015 hat die EU-Kommission eine Eurobarometer-Umfrage zum Thema Internet-Sicherheit veröffentlicht. Ein zentrales Ergebnis für Deutschland: 90 Prozent der Deutschen fürchten Opfer von Internetkriminalität zu werden. In ganz Europa fanden anlässlich des diesjährigen Tages für ein sicheres Internet Veranstaltungen und Aktionen statt. Die COFACE rückte dabei die Familien in den Vordergrund und nahm den Tag zum Anlass, über das Projekt #DeleteCyberbullying zu informieren – eine App, die Jugendliche, Eltern und Großeltern spielerisch mit den Risiken von Internet-Mobbing und den geeigneten Hilfen vertraut macht. Die App ist seit 2014 in 16 europäischen Sprachen verfügbar. Sie wurde von europäischen Familienorganisationen und der COFACE im Rahmen des Daphne III Programms der EU entwickelt.

- [Eurobarometer: Auswertung für Deutschland](#)
- [Website des Projekts #DeleteCyberbullying](#) 

Berichte und Studien

Studie: Väter auf Abruf – Zur Aufteilung der Kinderbetreuung in Schweden

Wer nimmt wie lange Elternzeit und wie zufrieden sind die betreuenden Elternteile? Families and Societies hat eine Studie über die Aufteilung der Elternzeit in Schweden herausgegeben. Die Studie bewertet die Aufteilungsmodelle quantitativ und qualitativ und betrachtet dabei auch die Auswirkung der Elternzeit auf die spätere Aufteilung der Kinderbetreuung.

- [Der Bericht „Fathers on call“ zum Herunterladen](#)  

FRA-Report: Nationale Systeme zum Schutz von Kindern

Die europäische Grundrechteagentur (FRA) hat erste Daten aus ihrem Projekt zur Erstellung eines Überblicks über nationale Systeme zum Schutz von Kindern in den 28 EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht. Mit diesem Daten-Überblick will die Agentur gemeinsame europäische Herausforderungen verdeutlichen und vielversprechende gute Praktiken aufzeigen. Die Daten umfassen die Schlüsselkomponenten der untersuchten Systeme – einschließlich der Angaben zu den nationalen Gesetzen und Strategien sowie zu den Strukturen, Akteuren, Ressourcen, zur Funktion und zur Überwachung nationaler Systeme zum Schutz von Kindern. Die Ergebnisse des Überblicks fließen in die Arbeit der EU-Kommission bei der Erstellung der geplanten EU-Leitlinien zu integrierten Systemen zum Schutz von Kindern ein. Der vollständige Bericht wird für Juni 2015 erwartet.

- [FRA-Datenauswahl „Mapping child protection systems in the EU“](#) 

Bericht: Wie wirken die EU-Mittel für Heimkinder?

Die Kampagne „Opening Doors for Europe’s Children“ hat am 24. Februar 2015 einen Bericht veröffentlicht, der den Einsatz von EU-Fördermitteln für Heimkinder in acht europäischen Mitgliedstaaten bewertet. Die untersuchten Daten stammen aus Bulgarien, Estland, Griechenland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien. Mit den Fördergeldern aus dem Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) sollen Reformen zur Stärkung und Unterstützung der Familien beschleunigt werden, um Kinder aus der Heimbetreuung in die Familien zu holen. Der Bericht beinhaltet neben einer Länder-Analyse auch Handlungsempfehlungen für die EU und die EU-Kommission sowie länderspezifische Empfehlungen.

- [Der „Opening Doors“-Bericht zum Herunterladen](#)  
- [Website der Kampagne mit Zusammenfassung des Berichts](#) 

„Lottery of Birth“ – Bericht zu Chancen von Kindern veröffentlicht

Die Überlebens- und Zukunftschancen von Kindern sind weltweit sehr unterschiedlich – dies bekräftigt ein aktueller Bericht der internationalen Kinderrechtsorganisation Save the Children. Zwar gibt es erste Fortschritte bei der Reduzierung der Sterblichkeit für Kinder unter fünf Jahren, weiterhin aber haben sozial und ökonomisch benachteiligte Mädchen und Jungen ein weitaus größeres Sterblichkeitsrisiko. Der Bericht unter dem Titel „Lottery of Birth“ beinhaltet Daten aus 87 mittleren und schwachen Einkommensstaaten und belegt, dass die Ungleichheit der Zukunfts- und Überlebenschancen von Kindern in mehr als drei Viertel der untersuchten Länder wächst.

- [Der Bericht „Lottery of Birth“ zum Herunterladen](#)  

Caritas-Bericht: Armut und soziale Exklusion auf dem Vormarsch

Caritas Europa hat am 19. Februar 2015 einen Bericht zur wachsenden Armut und Benachteiligung in Europa veröffentlicht. Laut Bericht ist in den Ländern Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Lettland und Ungarn mehr als ein Drittel der Bevölkerung von Armut und sozialer Exklusion bedroht. Der Bericht zeigt die dramatischen Ausmaße der Benachteiligung von Familien in den am meisten von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffenen Ländern auf und fordert gerechte soziale Lösungen. Die Ergebnisse des Berichts basieren auf den Berichten und Aussagen der Mitarbeiter/innen der nationalen Caritas-Verbände.

- [Bericht: Poverty and Inequalities on the Rise – Just Social Models needed as the solution](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

- [European Youth Forum: „A Conversation about the Participation of Young People in Democracy: Time to Act?“](#) (02. März 2015, Brüssel)
- [Außenministerium der Republik Lettland/EU-Kommission: „Wirtschaftliches Empowerment von Frauen und nachhaltige Entwicklung – die Synthese für Erfolg“](#) (02. März 2015, Riga)
- [Society Integration Foundation \(SIF\)/European Movement Latvia: „NGO-Forum Riga“](#) (02./03. März 2015, Riga)
- [COFACE: „Launch of the European Reconciliation Package“](#) (03. März 2015, Brüssel)
- [Progressive Economy: „Conference on Economic Inequality – Reconciling economic growth and social progress: a challenge?“](#) (04. März 2015, Brüssel)
- [european trade union institute \(etui\): „Women’s health and work. Sharing knowledge and experiences to enhance women’s working conditions and gender equality“](#) (04./05. März 2015, Brüssel)
- [EU-Kommission: „European Summit on Innovation for Active and Healthy Ageing“](#) (09./10. März 2015, Brüssel)
- [Salzburg Global Seminar: „Early Childhood Development & Education“](#) (15. bis 18. April 2015, Salzburg)
- [COFACE: „Conference: Accessible and fair financial services: alternatives to mainstream banking“](#) (04./05. Mai 2015, Madrid)
- [European Youth Forum: „YO!Fest 2015“](#) (06. Mai 2015, Brüssel)
- [European Union of Supported Employment \(EUSE\): „12th European Conference“](#) (27. bis 29. Mai 2015, Lissabon)
- [International Commission on Couple and Family Relations \(ICCFR\): Jahreskonferenz „Changing Times: Impacts of Time on Family Life“](#) (22. bis 24. Juni 2015, Berlin)
- [Internationaler Rat für die Paritätische Doppelresidenz \(ICSP\): „Internationale Konferenz zur Paritätischen Doppelresidenz 2015 – Bewährte Lösungen für die rechtliche und psycho-soziale Umsetzung der Paritätischen Doppelresidenz \(Wechselmodell\)“](#) (08. bis 10. Juli 2015, Bonn)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive

Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).



AGF e.V. · Einemstr. 14, 10785 Berlin · Web: <http://ag-familie.de> · Tel.: +49 (0) 30 - 2902825 - 78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Redaktion: Friederike Scharlau, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)